

[23.12.2010]

Im Gespräch mit Unterrichtsminister Oliver Paasch nach der Unterzeichnung der PPP-Verträge

## »Andere Schulen kommen nicht zu kurz«

Von Christian Schmitz

**Der Bau bzw. die Sanierung von acht Eupener Schulen an drei Standorten im PPP-Verfahren kann in Angriff genommen werden. Am Dienstagabend wurden die Verträge zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Stadt Eupen und den privaten Partnern unterzeichnet.**



Oliver Paasch (rechts, mit dem Eupener Bürgermeister Elmar Keutgen) bei der Unterzeichnung der PPP-Verträge. Foto: Ralf Schaus

 Größeres Bild

Im Gespräch mit dem Grenz-Echo wehrt sich Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) gegen Kritik, durch das Verfahren würden Schulden »versteckt« oder ein »Schattenhaushalt« aufgestellt. Er betonte auch, dass andere Schulen trotz des aufwändigen Projektes nicht zu kurz kommen würden.

**Das PPP-Projekt umfasste in seiner ursprünglichen Form auch das César Franck Athenäum (CFA) in Kelmis. Warum hat man sich letztlich auf acht Schulen an drei Standorten in Eupen beschränkt?**

Wir haben auf Anraten unserer Berater, die mit derartigen Projekten viel Erfahrung haben, das PPP-Projekt auf acht Schulen an drei Standorten auf dem Gebiet der Stadt Eupen begrenzt. Hierfür gab es vor allem logistisch-technische Gründe. Das bedeutet aber nicht, dass andere Schulen zu kurz kommen. Für das Athenäum César Franck im Kelmis sind beispielsweise acht Millionen Euro vorgesehen. Für die Pater-Damian-Schule wurde eine alternative Finanzierung mit einem Zuschuss von 4,4 Mio. Euro zugesagt. Weitere Investitionen ins Technische Institut (TI) in St.Vith und in die Maria-Goretti-Schule (MG) St.Vith, in das Zentrum für Förderpädagogik im Süden und in verschiedene Gemeindeschulen wurden ebenfalls in den Infrastrukturplan eingetragen. Das gesamte Schulbauprogramm bis 2012 umfasst 174 Millionen Euro, das sind 81% aller Infrastrukturausgaben der DG.

**Müsste nicht auch der Föderalstaat einen Teil der nun anfallenden Kosten des PPP-Projektes übernehmen? Schließlich steht die DG jetzt für die Sanierung von baufälligen RTG-Gebäuden gerade, die vom Föderalstaat errichtet wurden, bevor die DG die Kompetenz für das Unterrichtswesen übernommen hat.**

Mit der Vergemeinschaftung des Unterrichtswesens wurde den Gemeinschaften auch die Verantwortung für die Schulgebäude der so genannten Staatlichen Schulen übertragen. Demzufolge können wir - und dies gilt natürlich auch für die Flämische und die Französische Gemeinschaft - den Föderalstaat in dieser Frage natürlich nicht mehr in die Pflicht nehmen.

**Wie sieht der Zeitplan des PPP-Vorhabens aus? Wann beginnen die ersten Bauarbeiten und wann sollen die »neuen« Schulen eröffnet werden?**

Unser Zeitplan sieht einen Baubeginn im Juli 2011 vor. Die Eröffnung soll nach Fertigstellung eines jeweiligen Bauabschnitts erfolgen, die endgültige Fertigstellung - läuft alles nach Plan - im Jahr 2014.

**Trotz großer Zustimmung im Parlament gab und gibt es Kritik an dem PPP-Vorhaben: Versteckte Schuldenlast, Schattenhaushalt, usw...**

Zunächst einmal wird natürlich rein gar nichts versteckt. Insofern kann man auch nicht von einem »Schattenhaushalt« sprechen. Die Auswirkungen des Projekts auf den Haushalt der DG wurden in der Haushaltssimulation öffentlich gemacht, und wir haben - auch wenn dies juristisch nicht verpflichtend war und andere in Belgien dies anders handhaben - unsere PPP-Verpflichtungen immer als Schulden ausgewiesen...

**...aber gab es denn keine Alternative zum PPP-Vorhaben?**

In der Tat gab es keine Alternative zum PPP-Projekt angesichts der eben angeführten finanztechnischen und logistischen Gründe, nicht zuletzt aber auch wegen der Erkenntnis, dass eine zeitliche Staffelung der Arbeiten nicht sinnvoll und auch nicht möglich war. Alle acht Schulen mussten gemeinsam geplant und verwirklicht werden. So wäre es zum Beispiel undenkbar gewesen, zunächst das Zentrum für Förderpädagogik (ZFP), dann die städtischen Schulen und erst in einigen Jahren die Autonome Hochschule (AHS) zu planen. ZFP und städtische Schulen sind nämlich auf das Gelände der heutigen AHS angewiesen. Und die dürfte ihren Platz wohl kaum räumen, wenn wir ihr nicht gleichzeitig ein neues Gebäude an einem anderen Standort anböten. Die gemeinsame Planung aller acht Schulen ermöglicht zudem zahlreiche Synergien, die wir brauchen, wenn wir unser bildungspolitisches Gesamtkonzept verwirklichen wollen.

## **Das heißt?**

Wenn wir zum Beispiel eine möglichst lange gemeinsame Ausbildung aller Kinder anstreben, dann müssen wir Kindergarten, Primar- und Sekundarschule des Königlichen Athenäums gemeinsam an einem Standort planen. Wenn wir zum Beispiel eine engere Zusammenarbeit und eine größere Durchlässigkeit zwischen mittelständischer und schulischer Ausbildung anstreben, dann müssen wir das Robert-Schuman-Institut (RSI) und das ZAWM am Standort Vervierser Straße gemeinsam planen. Wenn wir zum Beispiel die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit einer Behinderung nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis umsetzen wollen, wenn wir zu einer inklusiven Gesellschaft beitragen wollen, dann dürfen wir das ZFP nicht getrennt von Regelschulen planen. Diese Auflistung ließe sich weiter fortsetzen.

## **Investitionen in die Schulinfrastruktur werden gelobt, doch kritisieren Opposition und Gewerkschaft, es werde zu wenig an die Lehrer gedacht.**

Investitionen in Steine sind immer auch Investitionen in die Menschen, die in diesen Gebäuden lernen, lehren und arbeiten. Wir hätten es weder den Lehrern, noch den Schülern zumuten dürfen, noch während vielen Jahren in diesen baufälligen RTG-Gebäuden untergebracht zu werden. Darüber hinaus erinnere ich nur an unsere zahlreichen Maßnahmen zur Aufwertung des Lehrerberufs, an die Erhöhung des Unterrichtshaushalts trotz sinkender Schülerzahlen und auch an die Tatsache, dass in Belgien keine Gemeinschaft soviel Geld pro Schüler ausgibt wie die DG, was sich natürlich auch positiv auf die Schüler-Lehrer-Relation auswirkt. Für uns gibt es keinen guten Unterricht ohne gute Lehrer. Gutes, differenziertes, individualisiertes und jahrgangsübergreifendes Lehren wiederum ist kaum möglich, wenn die dafür notwendigen Räumlichkeiten fehlen.

[23.12.2010]

Grünes Licht für ehrgeiziges PPP-Schulbauprojekt auf dem Gebiet der Stadt Eupen

## »Gehen an die Grenze dessen, was wir verantworten können«

Von Christian Schmitz

**Die Deutschsprachige Gemeinschaft (DG) hat am Dienstagabend ein neues Kapital ihrer Geschichte aufgeschlagen: Im Europasaal des Ministeriums wurde grünes Licht für das viel diskutierte PPP-Projekt gegeben, durch das acht Schulen auf dem Gebiet der Stadt Eupen saniert bzw. neu gebaut werden sollen.**

Dafür unterzeichneten Vertreter der Gemeinschaft und der Stadt Eupen als öffentliche Partner einen entsprechenden Vertrag mit dem Konsortium »PPP Schulen Eupen S.A.«, einem Zusammenschluss der Unternehmen CFE Belgien und der deutschen Gesellschaft SKE Facility Management GmbH (Tochter der Vinci-Gruppe). Außerdem ist der Investmentfonds DIF Infrastructure II PPP Luxembourg S.à.r.l. mit von der Partie. Das Gesamtprojekt beläuft sich auf gut 146 Millionen Euro (inklusive Mehrwertsteuer, aber zuzüglich Bauindex). Die Finanzierung wird über 25 Jahre laufen und durch ein Bankenkonsortium gewährleistet, das sich aus der BNP Paribas Fortis, KBC, ING und Dexia zusammensetzt.

### »Schwere Last«

Für die Gegner und Kritiker ist ein PPP-Verfahren ein Vabanquespiel, die Befürworter sehen darin die Möglichkeit, ehrgeizige Projekte innerhalb kürzester Zeit zu verwirklichen. Eine Abwägung hätte die DG-Regierung vornehmen müssen, meinte Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP): »Heute ist ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der DG. Ich bin froh, breche aber nicht in Jubel aus, sondern bin mir als Ministerpräsident der großen Verantwortung bewusst, die mit diesem PPP-Projekt verbunden ist. Dies lastet schon sehr auf meinen Schultern. Wir gehen an die Grenze dessen, was wir verantworten können«, räumte der Regierungschef ein. Die Regierung habe sich die Entscheidung aber genau überlegt und sich diese Arbeit nicht leicht gemacht. Das Ergebnis wecke die Hoffnung auf eine kopernikanische Verbesserung der Schulinfrastruktur: »Ich hoffe, wir haben heute den richtigen Schritt gemacht. Das, was bisher passiert ist, stimmt die Regierung optimistisch. Wohler fühle ich mich aber erst, wenn das Ganze eingeweiht worden ist.«



»Wir machen Schule«: das offizielle Logo des PPP-Verfahrens.

[Weitere Bilder](#) [Größeres Bild](#)



Laut Modell soll an der Monschauer Straße in Eupen ein ganz neuer Campus entstehen.

[Weitere Bilder](#) [Größeres Bild](#)

## **Auf Zug aufgesprungen**

Für die Stadt Eupen, die mit der Städtischen Grundschule Unterstadt (SGU) und der Französischen Schule (ECEP) auf den PPP-Zug aufgesprungen war, ergriff Bürgermeister Elmar Keutgen (CSP) das Wort. Er hatte der DG im Rahmen der Vertragsunterzeichnung die entsprechenden Vollmachten erteilt (dies war vorher vom Eupener Stadtrat einstimmig genehmigt worden). Keutgen sprach von einem »aufregenden Weg«, der nun zur Verbesserung der Schulinfrastruktur in Angriff genommen werde. 4400 Schüler und Auszubildende sowie 500 Beschäftigte seien insgesamt von dem PPP-Projekt betroffen, erklärte Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG). Zu dem nun eingeschlagenen Weg habe es keine Alternative gegeben. »Unseren Nachfolgern bleibt ein solcher finanzieller Kraftakt erspart.« (siehe dazu auch das Interview auf Seite 7).

Rainer Beisel als Vertreter des Konsortiums, das letztlich den Zuschlag erhalten hatte, bedankte sich für den fairen Umgang, sprach aber auch von einem harten Wettbewerb. Er betonte, wie wichtig die Partnerschaft bei der Zusammenarbeit sei. Kooperation auf Augenhöhe und offene Kommunikation seien wichtig, damit die lange Zusammenarbeit von beiden Seiten unterstützt werden könne. Uwe Stephan-Jasper vom Architektur- und Planungsbüro »sic architekten« aus Köln stellte die einzelnen Projekte im Detail vor. Die Aufgabenstellung sei gewesen, dieses sehr große Vorhaben der DG auch als Gesamtprojekt wiedererkennbar zu machen, soweit dies eben architektonisch machbar gewesen sei. »Auf der anderen Seite sollten die einzelnen Institutionen auch wiedererkennbar bleiben und nicht untergehen.«

## **Wiedererkennung**

Ein Gedanke, um den Wiedererkennungswert zu steigern, sei ein Strichcodemuster, das an den entstehenden Gebäuden angebracht wird (in unterschiedlichen Farben und Intensität). »Darüber hinaus war man durch die hohen Energiestandards gezwungen, sehr kompakt zu bauen. Da musste man aufpassen, dass man am Ende nicht bei quadratischen oder eckigen Kisten landet.«